

(A) (Vizepräsident Schmidt)

Ich rufe dann Nummer 4 auf:

Stellenpläne

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 11/6400 und auf die vorliegenden Änderungsanträge, einmal der Fraktion der CDU Drucksache 11/6458 und dann der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/6459.

Ich eröffne die **Beratung** und erteile zunächst für die CDU-Fraktion dem Abgeordneten Benschmann das Wort.

Abgeordneter Benschmann (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Schuldenlast des Landes, die Kosten der Wiedervereinigung und der Konjunkturerinbruch stellen die Landespolitik vor eine Herausforderung, wie sie nie dagewesen ist. Das Gebot der Stunde - ich hatte das beim Nachtragshaushalt 1993 schon einmal gesagt - heißt: Sparen, sparen und noch einmal sparen.

(B) Trotzdem soll nach dem Willen der Landesregierung und der SPD-Fraktion der nächste Landeshaushalt um 4,1 % wachsen. Das heißt: Die Nettokreditaufnahme wird um 7,1 Milliarden DM erhöht. Das bedeutet wiederum die Erhöhung der Zinslast auf 7,8 Milliarden DM. Das sind jede Sekunde 300 DM und pro Tag 28 Millionen DM. Ich denke, das sollten wir uns alle einmal vor Augen führen.

Mit der Haushaltssperre, Herr Finanzminister, hatten Sie ein richtiges Signal gesetzt. Doch vor dem Hintergrund der dramatischen Haushaltssituation hätten wir eigentlich erwartet, daß Sie diesen Weg konsequent fortgesetzt hätten. Ich habe die Frage schon einmal im Haushalts- und Finanzausschuß gestellt: Herr Schleußer, ich weiß wirklich überhaupt nicht, wie Sie den Haushalt 1995 ausgleichen und gestalten wollen, wenn Sie nicht in Zukunft, und zwar mit diesem Haushalt beginnend, die Personalausgaben drastisch reduzieren. Denn die zusätzlichen 4,5 Milliarden DM Länderfinanzausgleich würden, wenn wir den gleichen Weg beschreiten wie dieses Jahr, noch draufgesattelt werden.

(C) Wir geben jetzt schon jede zweite Mark für Personalausgaben aus. Ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit: Es führt kein Weg daran vorbei, wir brauchen einen Staat - und wir müssen ihn gestalten, denn dafür sitzen wir hier -, der schlanker ist, und dieses mit weniger Personal.

Ein Beweis für die Richtigkeit dieser These war die Anhörung der Berufsverbände zum Landeshaushalt 1994. Im Gegensatz zu den Vorjahren wurden, für den einen oder anderen vielleicht sogar überraschend, von den Verbänden keine Stellenmehranforderungen vorgetragen. Ich denke, dies war ein wichtiges seismographisches Zeichen dafür, daß die Arbeitnehmervertreter die Zeichen der Zeit erkannt haben und bereit sind - das ist meines Erachtens ein ganz wichtiges positives Signal -, über die öffentlichen Aufgaben und das öffentliche Dienstrecht in einen Dialog einzusteigen. Ich möchte dieses ausgesprochen positiv bewerten und sehe den Diskussionen mit großer Freude entgegen.

(Zuruf des Ministers Schleußer)

- Herr Minister, es ist vermutlich so, daß wir die gleichen Ziele verfolgen, aber auf dem Weg dahin werden wir sicherlich unterschiedliche Positionen haben. Daß man aber überhaupt darüber redet, sollte Sie und auch uns ermutigen. (D)

Vor diesem Hintergrund fordert die CDU eine differenzierte Nullrunde für den öffentlichen Dienst. Sie selber haben bei der Einbringung des Nachtragshaushaltes gesagt, Herr Finanzminister, daß ein Prozent 340 Millionen DM sind.

Wir schlagen eine Reduzierung des Haushaltsansatzes von 600 Millionen DM vor und wollen damit ermöglichen, daß in den unteren Gehaltsgruppen zumindest ein Zuschlag in der Größenordnung der Inflationsrate möglich ist.

Angesichts der Entlassungen und Gehaltskürzungen im Bereich der Privatwirtschaft - VW haben wir ja alle noch vor Augen - ist eine differenzierte Nullrunde im öffentlichen Dienst zwingend geboten. Die

(A) (Bensmann [CDU])

Kritiker - auch das sage ich von dieser Stelle aus - sollten bedenken, daß in NRW in jedem Monat 13 000 Arbeitsplätze wegfallen. Dies konnten wir heute in der "Rheinische Post" als ein Zitat des Arbeitgeberpräsidenten nachlesen. Die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes sollten auch wissen und sich deutlich machen, daß sie nicht nur einen sicheren Arbeitsplatz haben - bis hin zur Pensionierung -, sondern auch in der Vergangenheit immer recht gut am Zuwachs des Bruttosozialprodukts partizipiert haben. Dieses wäre auch ein Signal und ein Zeichen der Solidarität mit den Arbeitnehmern in der freien Wirtschaft.

Wie richtig unser Vorschlag ist, Herr Finanzminister, beweist doch die Entscheidung der ausgewiesenen Finanzexpertin, der Ministerpräsidentin Heide Simonis in Schleswig-Holstein, die ihren Arbeitnehmern im nächsten Jahr eine zusätzliche Arbeitsstunde abverlangt. Auch das wäre durchaus ein Signal gewesen.

Zu diesem Konzept der Einsparungen gehört auch die Abschaffung der Ministerialzulage, was wir hier schon erörtert hatten. Die Streichung soll in Schritten erfolgen und bringt in der Endstufe Einsparungen von 18 Millionen DM jährlich.

(B) Mir absolut unverständlich, Herr Schleußer - es steht auch im krassen Widerspruch zu Ihren sonstigen Sparanstrengungen -, ist die Einsetzung der B 7-Stelle - oder das Nichtstreichen, um es haushaltstechnisch auszudrücken - im Bundesratsministerium. Ich kann Ihnen nur sagen: Im Personalausschuß haben wir einen Fehler gemacht. Wir hatten gedacht, daß die Selbstbindung, das Wort eines Ministers und einer Staatssekretärin mehr wert ist. Sie sitzen da und haben uns in den letzten vier Jahren jedes Jahr gesagt: Wenn der Stelleninhaber weg ist, fließt die Stelle dem Stellenhaushalt wieder zu. Nichts ist passiert; das Gegenteil ist der Fall. In Zukunft werden wir daraus die haushaltstechnischen Konsequenzen ziehen. Auf jeden Fall, Frau Staatssekretärin, bin ich enttäuscht. Nehmen Sie das zur Kenntnis. Aber auch diese Lebenserfahrung muß man ja wohl machen.

(C)

Herr Minister, ich sage Ihnen auch: Die Hebung im Einzelplan 01 von B 4 auf B 6 ist sicherlich nicht ein Beispiel für Sparen, was angezeigt ist.

(Minister Schleußer: Wer hat das denn gemacht? Ich?)

- Dieses Haus, die SPD-Fraktion. Aber der gehören Sie doch auch an, oder nicht? Das ist ja interessant - Sie können sich ja nachher dazu äußern -: Wenn es um die B 6-Stelle geht, würde ich gerne einmal sehen, wie Ihr Abstimmungsverhalten ist. Sie sitzen nämlich in der SPD-Fraktion genauso mit drin. Da können Sie sich nicht herausschleichen, kann ich Ihnen nur sagen.

Was die Umsetzung der 16 Gutachten angeht, die 7 000 kw-Stellen betrifft: Unsere Forderung bleibt - aus Zeitgründen kann ich auf Einzelheiten nicht eingehen -, diese schneller umzusetzen. In diesem Zusammenhang ist mir der Erlaß, Herr Minister, der vor wenigen Tagen herausgekommen ist, unverständlich. Nach dem CDU-Antrag, der von allen Fraktionen im Ausschuß letztendlich unterstützt wird, soll es nach 7 a Abs. 6 um eine konsequente Umsetzung der kw-Vermerke gehen. Wenn ich den Erlaß richtig sehe - und Rücksprachen mit Ihrem Hause haben dies bestätigt -, bedeutet dieser, daß die kw-Stellen, die frei werden, noch mit befristeten Arbeitsverträgen besetzt werden können. Dieses steht im krassen Widerspruch zu dem, was wir als CDU wollen. Wir werden dieses sicherlich im zuständigen Personal- und Finanzausschuß noch einmal diskutieren müssen.

(D)

Noch ein Wort zur Wiederbesetzungssperre. Wir haben in den letzten Jahren immer wieder gefordert, daß sie aufgehoben wird. Ihnen wird aufgefallen sein, daß wir das dieses Jahr nicht tun. Ich sage Ihnen, damit keine Mißverständnisse auftreten: Dieses bedeutet nicht, daß wir den personalpolitischen Rasenmäher für richtig halten, Herr Minister, sondern der riesige Druck des Einsparens zwingt uns zu dieser Haltung. Das einzige, was auch von allen Kolleginnen und Kollegen im Personal- und Finanzausschuß unterstützt wurde, ist, daß wir die Schaffung von 15 zusätzlichen Anwärterstellen im gehobenen Dienst beantragt und

(A) (Bensmann [CDU])

umgesetzt haben, und dies nur deshalb, weil im letzten Jahr von 600, die wir jedes Jahr ausbilden, 400 außerordentliche Abgänge in die freie Wirtschaft zu verzeichnen waren.

Zum Schluß! Meine Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion: Folgen Sie unseren Anträgen! Wir wissen sehr wohl, daß dieses durchaus unpopuläre Maßnahmen sind und sie sicherlich nicht überall auf Zustimmung stoßen. Wir hatten schon einige Kostproben in Gesprächen mit den entsprechenden Berufsvertretungen. Doch ich sage Ihnen: Es führt kein Weg daran vorbei. Die Schuldenpolitik - immer draufsateln, dieses Jahr 7,1 Milliarden - ist der falsche Weg, Herr Schleußer. Ich bin sicher, daß es bei einem Großteil der Bevölkerung - die Anhörung der Berufsverbände hat dieses im Grunde genommen bewiesen - eine viel größere Zustimmung zu Bescheidenheit und Sparen und mit dem zufrieden zu sein, was man in diesem Jahr hat, gibt, als es uns der eine oder andere Funktionär, vielleicht auch über die Medien, noch weismachen will. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

(B) Vizepräsident Schmidt: Schönen Dank, Herr Kollege Bensmann. - Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Walsken.

Geordneter Walsken (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Bensmann hat eben auf den Ernst der Lage der Verschuldung des Landes hingewiesen. Er hat, was die Ernsthaftigkeit angeht, völlig recht. Ich habe im stillen bei mir gedacht: Gott, war die SPD in den letzten Jahren klug gewesen, daß sie die gesamten Etatserhöhungsanträge der CDU besonders im Schulbereich abgelehnt hat. Hätten wir das nicht getan, wäre der Schuldenberg noch größer, und wir hätten noch größere Haushaltsdefizite.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich hatte dieser Tage ein Gespräch mit einem Oberstadtdirektor, der mir die Finanzlage seiner Stadt schilderte. Er sagte: Selbst wenn ich im nächsten Haushaltsjahr die Ausgaben für

(C) Sport und Kultur auf Null reduziere, habe ich immer noch ein Haushaltsdefizit, das dadurch entsteht, daß die Ausgaben noch mehr steigen, als ich demgegenüber einsparen kann. Das zeigt die realen Schwierigkeiten der öffentlichen Haushalte.

In Wahrheit - Herr Kollege Rohe, das geht in der Praxis natürlich sowieso nicht - ist es eine ungeheuer schwierige Finanzlage, mit der wir uns auseinanderzusetzen haben. Es gibt aus dieser Finanzlage heraus, in der wir uns befinden, keinen Königsweg, bei dem wir alles mit Mehreinnahmen und ohne Verschuldung und ohne Personalkostenreduzierung hinbekommen. Es gibt nur eine Kombination von Lösungen. Und zu der Kombination von Lösungen gehört, daß mehr Schulden für einen gewissen Zeitraum aufgenommen werden müssen, langfristig Personal abgebaut wird und daß darauf gebaut wird, daß die Konjunktursituation uns zusätzlich Einnahmen beschert, und daß wir mit dem, was uns der Haushalt an Einnahmen beschert, sparsam umgehen.

Ich habe natürlich gehört, daß die Kollegen der CDU eine Lösung wie die differenzierte Nullrunde im öffentlichen Dienst vorschlagen. Wir werden das sehen; es wird ja Tarifverhandlungen geben. Wir haben es immer so gehalten, daß wir als öffentliche Hand den Tarifpartnern nicht qua Parlament die Entscheidungsbefugnisse beschneiden, jedenfalls haben wir es als Sozialdemokraten nicht getan. Ich weiß, daß der Bundeskanzler und die Bundesregierung eine etwas andere Position haben. Die Bundesregierung hat es sich nie nehmen lassen, vor Tarifverhandlungen zu sagen, was Ihrer Meinung nach verträglich wäre, um von vornherein eine bestimmte Gewichtung bei den Tarifeinsetzungen vorzugeben. Wir tun das nicht.

(D) Die Tarifpartner werden entscheiden müssen, wie sie die Gehälter anheben wollen. Sie tun das in der in der Bundesrepublik einmaligen geübten Verantwortlichkeit vor der gesamtwirtschaftlichen Situation. Wenn sich bei den Tarifverhandlungen und den anschließenden Entscheidungen im Parlament über die Beamtenbesoldung eine differenzierte Nullrunde ergeben sollte, würden wir uns freuen. Das würde natürlich zu den Einsparungen führen, die Sie beabsichtigen. Wir sollten sie aber nicht von vornherein als Signal in den

(A) (Walsken [SPD])

Landeshaushalt einsetzen, um die Tarifaueinandersetzung nicht in dieser Weise zu belasten.

Bei Diskussionen wie der heutigen ist es natürlich auch bezeichnend, daß die Auseinandersetzung um eine B 7-Stelle viermal soviel Zeit in Anspruch nimmt wie die Frage, ob wir 6 500 Stellen im Arbeiter- und Angestellten- und im unteren Beamtenbereich einsparen müssen. Meine Damen und Herren, über B 7 kann man auf Stammtischen, mit der Presse und sonstwo reden.

Der entscheidende Punkt in diesem Haushalt besteht darin, daß wir die 6 500 Stellen, die wir bereits vor ein paar Wochen im Nachtragshaushalt 1993 kw gestellt haben, auch 1994 kw stellen, in einigen Bereichen etwas präzisieren, um die Realisierung schneller vollziehen zu können, um den eigentlichen Kernbereich unserer finanziellen Bewegungsspielräume in den nächsten Jahren wiederzugewinnen, nämlich durch Personalabsenkung finanzielle Handlungsspielräume zu gewinnen, um Politik machen zu können.

Das ist es, was zentral im Haushaltsplan 1994 stattfindet: der Fortgang der aufgabenkritischen Reduzierung der Landesverwaltung in der Größenordnung von etwa 6 500 Stellen, die über gewisse Zeiträume abgebaut werden.

(B) Ich bin froh, daß wir gerade heute den Brief des Finanzministers in der Post hatten, in dem er die einzelnen Ressorts abfragt, wie der Stand der Abarbeitung der kw-Vermerke ist. Wir haben das selbst im Haushaltsgesetz als gesetzliche Vorgabe des Parlaments eingefügt, um den Abbau von kw-Stellen auch nachvollziehen zu können und Druck zu machen, daß das, was man erklärt, auch tatsächlich passiert. Das ist uns heute dokumentarisch vorgelegt worden. Der Finanzminister hat die Ministerien, die einzelnen Fachressorts abgefragt, inwieweit sie den Stellenabbau vollzogen haben. Wir werden, wenn ich das der Vorlage richtig entnommen habe, in den nächsten Wochen einen Bericht darüber erhalten, was sich in der Realität vollzogen hat.

Wir erwarten von der Landesregierung, daß über die 6 500 Stellen, die bereits kw gestellt sind, hinaus eine weitere aufgabenkritische Untersuchung der Landesverwaltung stattfindet und daß, sobald erkennbar ist,

(C) daß sich in einzelnen Bereichen weitere kw-Stellen ergeben, dies sofort im Rahmen eines Nachtragshaushalts umgesetzt wird, damit wir bei der Konsolidierung unserer Landesfinanzen und bei der Wiedergewinnung des finanzpolitischen Spielraums für die nächsten Jahre nicht unnötig Zeit verlieren.

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß wir mit den Berufsverbänden und den Personalräten weiter im Gespräch bleiben müssen, denn das, was sich an Personalabbau vollzieht, wird keine leichte Aufgabe sein.

Nach der ersten Stufe der aufgabenkritischen Untersuchung über die Art und Weise, in der die Aufgaben von der Landesverwaltung erledigt werden, werden wir auch sehr schnell mit der zweiten Stufe überkommen müssen, nämlich ob bestimmte Aufgaben überhaupt noch von der Landesverwaltung wahrgenommen werden müssen und können. Die SPD wird anstreben, in der Frage, ob wir bestimmte Aufgaben wie in der bisherigen Weise noch wahrnehmen können, schnell und zügig voranzugehen, damit wir nicht bei einer Rationalisierungsdiskussion stehenbleiben, sondern in eine qualitative Diskussion darüber übergehen, wie der Staat seine Aufgaben und seine Rolle in den nächsten Jahren sieht.

(D) (Zustimmung des Abgeordneten Trinius [SPD])

Wir werden das ernsthaft betreiben und würden uns freuen, wenn das Parlament dies als Gesamtaufgabe staatlicher Verantwortung sehen würde. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Bensmann [CDU])

Vizepräsident Schmidt: Schönen Dank, Kollege Walsken. - Für die F.D.P.-Fraktion spricht der Abgeordnete Wickel. Bitte schön.

Abgeordneter Wickel (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will mir bewußt verkneifen, an diesem Punkt Generalbetrachtungen zum Haushalt anzustellen. Dafür haben wir noch so viele

(A) (Wickel [F.D.P.]

Gelegenheiten. Wir können Stellenpläne, die es nötig haben, einmal gesondert betrachten.

Die Stellenberatungen, meine Damen und Herren, gehören mit zu den intensivsten Beratungen des Haushalts. Wir knöpfen uns jedes Haus vor, zum Teil jede Stelle. Da lernt man eine ganze Menge.

Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit bei den Kollegen im Ausschuß bedanken und vor allem beim Gutachterdienst für eine wirklich ausgezeichnete und vorzügliche Vorbereitung.

(Allgemeiner Beifall)

Hier kann man einmal sehen, was wir Abgeordnete für arme Wichte wären, wenn wir diesen Gutachterdienst nicht hätten, der uns die Sitzungen vorbereitet, aufbereitet und uns die Hilfen gibt, die man, wenn man nicht in den Dingen steckt, tatsächlich braucht.

Ich habe aber auch gelernt, daß man in diesem Gremium hellwach werden muß, wenn die Staatssekretäre der Häuser auftauchen. Dann ist irgend etwas faul; denn normalerweise läuft das auf der Ebene der Fachbeamten.

(B) (Abgeordneter Trinius [SPD]: Jetzt kommen die nicht mehr, wenn Sie das sagen!)

Meine Lebenserfahrung wurde bestätigt: Wenn die Staatssekretäre auftauchen, müssen wir noch mehr aufpassen als sonst. Ich gehe darauf anhand eines Einzelfalls gleich näher ein.

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Jetzt werden die alle ihre Antennen ausfahren!)

- Aber die reichen nicht, die Antennen, lieber Kollege Dautzenberg, da müssen noch Sensoren in erheblicher Anzahl zugeschaltet werden.

(Abgeordneter Bensmann [CDU]: Salatschüsseln!)

Meine Damen und Herren! Diese intensiven Beratungen im Unterausschuß "Personal" sind deshalb nötiger denn je, weil wir ja versuchen müssen, den Landes-

(C)

haushalt, was die Personalkosten angeht, etwas besser in den Griff zu bekommen.

Ich glaube, wir sind uns alle hier einig - unabhängig von der politischen Zugehörigkeit -, daß wir eine langfristige Konsolidierung des Landeshaushalts nur hinbekommen, wenn wir dieses ungeheuer Geschäft der Personalkosten intensiv betreiben. Das war in meinen Dank an die Kollegen eben eingeschlossen: Wir haben dort zum Teil vergessen, daß wir als Vertreter verschiedener Fraktionen zusammenarbeiteten. Wir haben die Aufgabe, diese Kosten herunterzufahren, dieses Land beweglicher zu machen und langfristig zu konsolidieren, gemeinsam wahrgenommen. Das war eine wirklich konstruktive Zusammenarbeit.

Wir müssen die besondere Aufmerksamkeit auf die kommenden Jahre lenken. Eine Zeitbombe - ich will es einmal so bezeichnen - ist unter dem Stichwort Pensionen und Beihilfen zu sehen. Ich will Ihnen sagen, was das Jahr 1992 in diesem Land auf diesem Sektor ergeben hat:

Im Jahr 1992 war das Durchschnittspensionsalter bei der Polizei 57 Jahre, bei den Schulen und Lehrern 58 Jahre und bei den übrigen Verwaltungen 59 Jahre. Dabei wurden durchschnittliche Ruhegehaltssätze zwischen 69 und 72 % des letzten Gehaltes erreicht.

(D)

Das bedeutet im Klartext: Man ist sechs, sieben oder acht Jahre länger und früher in Pension, als man überhaupt in jeder Berechnung anstellen konnte, weil die Verhältnisse so sind. Ich habe Ihnen eben die Durchschnittsaltersjahre genannt. Daran mögen Sie erkennen, wie viel vorher und wie wenig hinterher passiert, damit es zu diesen Durchschnittsjahreswerten kommt.

Wir wissen alle, daß in den Landeshaushalten für die Pensionszahlungen keine Rückstellungen vorhanden sind. Diese Rückstellungen bzw. Pensionszahlungen müssen aus dem jeweiligen laufenden Haushaltsjahr erwirtschaftet werden. Schauen Sie sich die Zahlen der Statistik weiter an und betrachten, was in den Jahren 1996, 1997 bis gegen 2000 aus den Jahrgängen der sechziger und siebziger Jahre, in denen stark eingestellt wurde, an einer Pensionswelle auf uns zukommt, hat der Finanzminister recht, darauf hinzu-

(A) (Wickel [F.D.P.]

weisen, daß gute Haushaltsväter auch diesen Punkt beachten müssen.

Deshalb geht es auch gar nicht darum, vordergründig zu sagen, wir müßten sparen. Sparen kann ja kein Selbstzweck sein, sondern es muß erkennbar werden, daß man sparen muß, um Aufgaben, Pensionsleistungen und Gehälter in Zukunft noch bezahlen zu können. Wenn wir uns darin einig sind, muß zumindest gesagt werden, daß es ein erster, aner kennenswerter Schritt war, bisher 7 700 Stellen kw zu setzen.

Aber das reicht nicht aus. Es reicht nicht aus, um die Aufgaben, die jetzt schon aus den statistischen Parametern ablesbar sind, auf Dauer tatsächlich zu korrigieren.

Kommen wir noch einmal auf Folgerungen zurück, die man aus den Beratungen über den Stellenplan gewinnen konnte: Ich nehme ein Beispiel. Da taucht der Staatssekretär für 03 auf und sagt: Wir haben eine neue Aufgabe bekommen, nämlich Asylfragen. Dafür müssen wir eine neue Gruppe einrichten. Der Gruppenleiter bekommt B 4. - Wir konnten uns den Argumenten fachlich nicht verschließen. In Ordnung!

(B) Bei 07 erlebten wir dann aber, daß dort, wo die Aufgabe bisher lag, verlagert wurde nach 03, aber trotzdem das Gleiche passierte. Dort mußte eine Gruppe geschaffen werden. Praktisch blieb die alte Größenordnung bestehen. Als man nachfragte, wie das denn vor sich gehe: Warum muß man genauso stark sein wie vorher, wenn Aufgaben in ein anderes Haus verlagert werden und nur Rumpfaufgaben übrig bleibt? - Da konnten Sie etwas erleben, meine Damen und Herren:

Da wurde Ihnen klar gemacht, daß man endlich nach vielen Jahren dazu komme, jetzt die Aufgaben, die man ohnehin schon hatte, intensiver durchführen zu können, daß endlich die schöpferische Kraft dieser Beamten der Aufgabe zugewidmet werden könne, und so weiter und so weiter.

Da habe ich den Ausdruck geprägt: Sobald man sich an das Eingemachte der Ministerien begibt, in die ihnen jeweils zugewiesenen Aufgaben, Funktionen und Aufträge, stehen Sie einer vertikalen und horizontalen Fachbruderschaft gegenüber, an der das Abge-

(C)

ordnetenrecht trotz Vorbereitung durch den Gutachterdienst einfach abprallt. Mit jedem Argument, mit dem Sie etwas in Frage stellen, befinden Sie sich an der Existenzfrage des Ministeriums. Da ist das Ministerium, wenn diese Aufgabe nicht weiter gemacht wird, in seinen Grundfesten erschüttert und nicht mehr in der Lage, politische Vorsorge zu leisten.

Meine Damen und Herren, angesichts dessen wird man natürlich unruhig. Da kann es einem als Politiker auch nicht helfen zu sagen "Ich sehe das so"; denn man muß sich ja auch mit fachlichen Argumenten auseinandersetzen. Das heißt aber auf gut Deutsch: Da muß eine Kiste drum. Es muß irgendwie etwas gefunden werden, was diesem wohl verstandenen Interesse der Häuser, ihrer Gliederung, Organisationshöhe und damit hierarchischen Struktur insofern einen Riegel vorschiebt, daß man dort in Zukunft auch schlanker wird.

Ich will das einmal an einem anderen Beispiel klarmachen. Natürlich kann ich jeden verstehen, der sagt: Wenn meine Referate bleiben und es eine Gruppe gibt, ergibt die Stellenschlüsselung Beförderungspositionen. - Das ist menschlich zulässig. Nur stellt sich die Frage, ob wir das mit uns machen lassen. Sind wir tatsächlich der Auffassung, daß die Organisationsstrukturen in den Ministerien noch so sind, wie sie sein müssen?

(D)

Jetzt kommt der nächste Punkt: Ich behaupte einmal von dieser Stelle aus, daß rund 25 % aller Mitarbeiter in den Ministerien nichts anderes tun, als Töpfe zu verwalten, Töpfe zu überwachen und Töpfe zu kontrollieren. Das heißt also: Die Deckel werden auf den Töpfen gehalten, aus denen das Land eine Vielzahl von Zuweisungen in Gemeinden oder Verbände streut. Diese Töpfe werden sorgsam im Auge behalten, damit ja nichts überkocht.

Das können wir in diesem Landtag politisch ganz einfach lösen, indem wir von dieser Verwaltung der vielen Töpfe weggehen, aufhören mit den Zweckzuweisungen und diese den Schlüsselzuweisungen zuführen, uns diese Töpfe einmal vornehmen und sagen: Der Topf, der 1960 richtig war, muß 1994 nicht auch noch richtig sein. Das mag dann vielleicht gegen die Interessen von Ressorts verstoßen.

(A) (Wickel [F.D.P.]

Jetzt sind wir beim nächsten wichtigen Punkt: Ich traue diesem Finanzminister zu, daß er vieles vorzeitiger und früher erkennt als seine Kollegen in den anderen Ressorts. Ich weiß auch, daß die Ressortzuständigkeit verfassungsrechtlich abgesichert ist. Dann muß es eben der Landtag machen. Dann muß der Landtag Gesetze erlassen, die es ermöglichen, daß die Ressorts von diesem Dampf herunterkommen.

Jetzt bringe ich Ihnen das nächste Beispiel: Einzelplan 07. Das MAGS ist ein klassisches Haus, in dem inzwischen so viele Leute sind, daß man gar nicht mehr weiß, was sie alle tun.

Aber von wenigen wissen wir, was sie tun. Mit freundlicher Genehmigung des Herrn Präsidenten will ich Ihnen etwas vorlesen. Es gab eine Landesinitiative namens "Für eine offensive und integrierte Arbeitsmarktpolitik in Nordrhein-Westfalen". Dazu die Rede des Ministers Müntefering, der auf Seite 39 folgendes sagt:

Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist der Antrag der SPD-Bundestagsfraktion zur Erarbeitung eines Arbeits- und Strukturförderungsgesetzes, der Anfang 1993 im Bundestag eingebracht wurde.

(B) Es geht weiter:

Derzeit wird intensiv an einem Rahmenkonzept sowie an einem konkreten Gesetzentwurf für dieses Arbeits- und Strukturförderungsgesetzes - kurz: ASFG - gearbeitet.

Und jetzt kommt es:

Mein Haus unterstützt diesen Prozeß nachdrücklich und hat dafür personelle Kapazitäten zur Verfügung gestellt.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Oh! Hört, hört!)

So weit seine Aussage. Daraus kann ich natürlich nur eines ablesen:

(C)

Aha, das Landesministerium des Herrn Müntefering, die Landesbehörde, arbeitet erst einmal für die SPD-Bundestagsfraktion. Erste Feststellung!

(Abgeordneter Hardt [CDU]: Hört, hört! - Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Das ist ja unglaublich!)

Zweite Feststellung: Wenn das so gut ist, dann ist das höchstens eine Parteiaufgabe, aber keine Aufgabe eines Landesministeriums. Und wenn man eine Parteiaufgabe in einem Landesministerium bewältigen muß, dann will ich jetzt nicht den Filz bemühen, aber dann wird man zumindest sagen, da ist etwas nicht in Ordnung. Wenn das so ist, meine Damen und Herren, dann stimmt hier etwas nicht. Ich kann nämlich nur Leute mit Aufgaben betrauen, die ich übrig habe, die zuviel sind.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Aber nicht für Parteiaufgaben!)

- Nicht für Parteiaufgaben, Hagen Tschoeltsch, der Einwand ist völlig berechtigt.

(Abgeordneter Heinemann [Dortmund] [SPD]: Beim personellen Filz ist die F.D.P. Weltmeister!)

(D)

Insofern ist, lieber Herr Kollege - früher -, demnach in diesem Haus Kapazität frei für diese Dinge, was mich in meinem Verdacht bestärkt, daß überall Kapazitäten frei sind. Ich brauche ja nicht zu wiederholen, wenn Sie in Ihre Zimmer kommen und sehen, was Sie an Broschüren aus den Häusern bekommen. Irgendeiner muß die doch machen! Und wer macht die? Wer viel Zeit hat! Nehme ich die weg, hören auch die Broschüren auf. Das heißt, hier schließt sich ein Kreis, bei dem wir wirklich überlegen müssen, wie wir bei den finanziellen Problemen des Landes vorankommen.

Letzte Bemerkung! Wir wollen als Ziel eine schlanke Ministerialbürokratie. Wir werden den Finanzminister in diesen seinen Bemühungen unterstützen. Wir werden von ihm hören; auch da wird es Gutachten geben. Aber wir als Parlament haben die Aufgabe, die Aufgaben zu beschließen, uns darum zu kümmern, welche Aufgaben die Häuser durch unser

(A) (Wickel [F.D.P.]

politisches Handeln zum Teil bekommen. Seien wir bei den Aufgaben ein bißchen vorsichtiger, wenn wir auf der anderen Seite das Ziel haben, Personal einzusparen! - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Schmidt: Danke schön, Herr Kollege Wickel. - Für die GRÜNEN-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Dr. Busch das Wort.

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Wickel, wo Sie gerade über freie Kapazitäten gesprochen haben - freie Kapazitäten hat vor allen Dingen die F.D.P.-Fraktion, denn die macht es sich bei den Haushaltsanträgen wirklich immer sehr einfach:

(Abgeordneter Wickel [F.D.P.]: Im Gegensatz zu Ihnen sind wir bei allen Beratungen präsent!)

Rasenmäheranträge, Globalkürzungen, zehn Prozent über alle Haushaltstitel usw. - da wären wir auch schnell fertig. Wir machen uns da schon etwas mehr Mühe.

(B)

Herr Bensmann hat gerade bezeichnenderweise gesagt, Herr Walsken von der SPD hätte genauso gut für die CDU sprechen können. Habe ich das richtig verstanden? - Ich fürchte, Herr Walsken würde das umgekehrt vielleicht auch von Ihnen sagen.

(Abgeordneter Bensmann [CDU]: Wir lernen voneinander! - Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Das haben Sie wahrscheinlich alles nicht mitbekommen!)

Wir haben es hier mit einer großen Koalition der Personalkapper zu tun.

(Abgeordneter Bensmann [CDU]: Wenn Sie in den Ausschüssen immer da wären, würden Sie das mitbekommen!)

(C)

Herr Bensmann, Sie haben einen Antrag vorgelegt, der in einem Jahr immerhin 600 Millionen DM sparen will - mit einer "differenzierten Nullrunde".

(Zustimmung des Abgeordneten Dautzenberg [CDU])

Da hätte ich gern gewußt, was das eigentlich sein soll. Aber da habe ich von Ihnen nichts gehört.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das haben wir in den Beratungen erklärt, an denen Sie nicht teilgenommen haben!)

- Ich verstehe hier sowieso nichts.

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Sie lesen das im Protokoll nach!)

Wir werden da vielleicht von Ihnen ein paar ausführende und erhellende Erläuterungen hören.

Ich möchte für meine Fraktion erklären, daß wir gegen jede Form von Nullrunden sind, weil es nicht nur die Kosten der deutschen Einheit und nicht nur die gegenwärtige Rezession sind, sondern gerade auch die Kohlschen Steuerentlastungen, die Steuergeschenke für Unternehmen und Besserverdienende, die die jetzige Finanznot der öffentlichen Haushalte herbeigeführt haben.

(D)

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Aber Sie sind für Steuererhöhungen!)

Es ist schon fast zynisch, wenn man dann den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zumutet, das auszubaden, was durch Steuergeschenke an Unternehmen verursacht wurde. Das ist eine gnadenlose Umverteilungspolitik, die Ihre Fraktion in Bonn zu verantworten hat. Das kann man nicht auch noch den Beschäftigten aufbürden.

(Abgeordneter Bensmann [CDU]: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben, was Sie da vorlesen?)

Es wird im öffentlichen Dienst nicht pauschal mehr verdient als in der Privatwirtschaft. Und auch in der

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

Privatwirtschaft dieses Landes sind die Löhne nicht einfach "zu hoch", wie es von Ihnen immer wieder in die Debatte gebracht wird. Sie wissen es genauso gut wie ich, daß die Löhne in der Bundesrepublik im Vergleich zu allen wichtigen Wettbewerbsländern nicht gestiegen, sondern eher gesunken sind. Es ist von daher schon vollkommen klar, daß wir eine Nullrunde ablehnen.

Allerdings sind wir dafür, daß die Besserverdienenden sich einschränken. Und da haben wir wieder ein exemplarisches Erlebnis: Wenn es nämlich um die Diäten der Abgeordneten geht, die wir aus symbolischen Gründen - nicht, um damit den Landeshaushalt zu sanieren, sondern aus symbolischen Gründen - auf das Niveau des Vorjahres einfrieren wollen, bekommen wir doch den wütenden Protest zu spüren. Manchmal hat man den Eindruck, daß der Protest um so wilder ist, je höher die Bezüge sind.

Wir sagen nach wie vor, das die Beamten und Selbständigen durch die Kosten der deutschen Einheit so gut wie gar nicht belastet werden, während Angestellte und insbesondere Arbeiter über Gebühr, nämlich über die Sozialversicherungen, belastet werden. Das heißt, hier müßte man eigentlich ansetzen. Wir haben dazu - in Übereinstimmung mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund - den Vorschlag gemacht, eine Arbeitsmarktabgabe einzuführen. Ich habe im letzten Jahr diese Forderung bereits angesprochen. Finanzminister Schleußer hat sich dazu, soweit ich weiß, nicht geäußert; vielleicht wird er sich gleich dazu äußern.

(B)

Ich finde das einen sozialpolitischen Skandal, daß über die Sozialversicherung mehr als die Hälfte der Kosten der deutschen Einheit getragen wird. Wir wissen genau, daß eben Beamte - aber nicht nur die, sondern auch eben alle Besserverdienenden,

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Er hat wirklich keine Ahnung!)

die oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze liegen - und alle Freiberufler über diesen Mechanismus überhaupt nicht belastet werden.

(Abgeordneter Bensmann [CDU]: Das stimmt doch gar nicht, was Sie erzählen!)

(C)

- Herr Bensmann, das wissen Sie doch ganz genau. - Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung hat es neben vielen anderen Instituten Ihnen ins Stammblatt geschrieben. Es ist vollkommen klar, daß das eine Ungerechtigkeit sondergleichen ist. Sie muß bereinigt werden. Wir bräuchten dazu eine Arbeitsmarktabgabe, die jedoch von unserem Finanzminister, aber auch von der CDU-Fraktion blockiert wird.

Wir brauchen nicht Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst, sondern Arbeitszeitverkürzung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen auch mehr Teilzeitangebote, beschäftigtenorientierte Teilzeitangebote, natürlich verbunden mit dem Anspruch, auf einen Vollzeitarbeitsplatz zurückzukehren.

(Zuruf des Abgeordneten Dautzenberg [CDU])

Wer denn sonst, wenn nicht der öffentliche Dienst mit 350 000 Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen, könnte ganz einfach aufgrund der schieren Größe und der Flexibilität, die innerhalb eines solchen Apparates steckt, wer denn sonst könnte Arbeitszeitverkürzungen attraktiv machen?

(D)

Nächster Punkt: Wie sieht es aus mit einer stärkeren sozialen Komponente bei den Tarifverhandlungen? Wir haben im öffentlichen Dienst eine krasse Einkommensschere: von A 3 mit 2 500 DM bis B 10 mit deutlich über 15 000 DM im Monat, also mehr als das Sechsfache. Da aber geht keiner heran. Herr Schleußer, werden Sie bei den nächsten Besoldungsverhandlungen für eine Angleichung dieser enormen Gehaltsunterschiede eintreten, zum Beispiel durch eine lineare Komponente? Werden Sie sich zum Beispiel für die Abschaffung des Zulagenunwesens im öffentlichen Dienst einsetzen?

Natürlich gibt es weitere krasse Privilegien. Die Frage ist nur: Mir ist nicht bekannt, daß Sie an irgendeiner Stelle einmal versucht hätten, diese Privilegien abzubauen. Ich habe den Eindruck, daß Sie da wohl den Konflikt scheuen und eher der Lobby der hohen Beamten hinterherseign.

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

Wir sind gegen generelle Diffamierungen des öffentlichen Dienstes. Das pauschale Argument, Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst verdienen zuviel, hält so der Wirklichkeit nicht stand. Das wissen wir beispielsweise aus den Untersuchungen über die Polizei, aber auch aus anderen. Da haben wir ja einen Antrag vorgelegt, der hier auch zur Abstimmung - bei Einzelplan 03 - ansteht, um diese krassen Unterbezahungen in bestimmten Bereichen abzubauen.

Demgegenüber stehen natürlich andere Bereiche, die ausgesprochen gut verdienen, die oberen Chargen in den Ministerien allemal. Und dort scheint ja das Anspruchsdenken, das gemeinhin den kleinen Leuten unterstellt wird, besonders stark vertreten zu sein.

Es ist also dringend an der Zeit, diese pauschalen Diffamierungen und das Gequatsche vom schlanken Staat endlich aufzugeben. Privatisierungen und Rasenmäher-Sparmethoden helfen nicht weiter. Wir müssen den öffentlichen Dienst differenziert betrachten. Wir müssen die Besoldungs- und Tarifstrukturen transparenter und ausgeglichener gestalten. Die Dienstleistungsfunktion der Verwaltung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern muß im Behördenalltag deutlicher werden. Die Verwaltung muß effizienter werden.

(B) Da gibt es natürlich einen schönen Punkt anzumerken: Man kann nicht einerseits PC aufstellen, EDV einführen und andererseits kein Geld für Schulungen vorsehen. Dann kommt man selbstverständlich zu keinem vernünftigen Ergebnis. Dieses weiß jeder, der sich mit der Materie beschäftigt hat. Wer a sagt, muß auch b sagen. Insbesondere in der Finanzverwaltung, Herr Schleußer, sollten Sie dafür sorgen, daß für Fortbildungsmaßnahmen mehr Geld und mehr Leute bereitstehen, weil ansonsten die ganze Sache vor die Wand gefahren wird.

Also, das CDU-Gerede von Personalabspecken, Entschlacken, Reduzieren von Verwaltungskosten hat, so glaube ich, in erster Linie Entlastungsfunktion. Sie wollen von Ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik, die die öffentlichen Haushalte ja erst in die schlimme Lage, in der sie jetzt sind, gebracht hat, ablenken und mit immer neuen Steuergeschenken an Unternehmen und blauäugig-naiven Illusionen über die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft die öffentlichen Finanzen

(C) ruinieren. Da suchen Sie jetzt Sündenböcke. Dies sind dann einmal die Asylsuchenden, dann die Sozialhilfempfänger und jetzt eben der öffentliche Dienst.

Herr Bensmann, was mich besonders ärgert, ist eigentlich, daß Sie die ehrliche Antwort auf die Frage, wo Sie wirklich sparen wollen, schuldig bleiben.

(Abgeordneter Bensmann [CDU]: Habe ich gerade gesagt!)

Sie haben soeben erklärt, aus Zeitgründen nicht auf Einzelheiten eingehen zu wollen.

(Weiterer Zuruf des Abgeordneten Bensmann [CDU])

- Ja, ich hätte es gern noch einmal deutlich gehört. Unterstreichen Sie die Kürzungsvorschläge der Landesregierung, 6 500 Stellen? Stimmen Sie mit diesen Kürzungsvorschlägen so überein?

(Abgeordneter Bensmann [CDU]: Natürlich!)

- Natürlich! Ach so. Nun, das hatte ich bisher so deutlich noch nicht gehört.

(Abgeordneter Bensmann [CDU]: Ist unser Antrag!)

(D) - Diese Kürzungsvorschläge werden von Ihnen also so getragen. Okay!

Diese 6 500 Stellen werden ja mit den Gutachten, die vergeben worden waren, begründet. Schaut man genauer hin, so wird man feststellen, daß die Gutachten diese 6 500 Stellen überhaupt nicht hergeben, es sei denn, es geht einem gar nicht um Effektivierung der Landesverwaltung, sondern um krassen Leistungsabbau.

(Zuruf der Abgeordneten Dautzenberg und Bensmann [CDU])

Wir meinen, daß, wenn es in der öffentlichen Verwaltung um Leistungsabbau geht, wir bitte einmal schauen sollten, ob wir nicht andere Bereiche finden, wo in diesem Landeshaushalt Geld verschwendet wird. Da finden wir jede Menge Ansatzpunkte: Stra-

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

ßenneubau mit 700 Millionen DM in dem Land Europas, das das dichteste Straßennetz hat, U-Bahn-Bau mit rund 700 Millionen DM pro Jahr, obwohl alle Fachpolitiker davon reden, daß diese Maßnahmen so unsinnig sind, Neubau von Landesbauten!

Wir wollen mit vermehrtem Einsatz von Betriebsprüfern, damit vermehrten Betriebsprüfungen, dafür sorgen, daß die Steuerhinterziehung bekämpft wird. Das würde kurzfristig bereits Entlastung für den Landeshaushalt bringen. Das wäre eine echte politische Aufgabenkritik. Nicht nur einfach Kahlschlag und Leistungsabbau!

(Zuruf des Abgeordneten Dautzenberg [CDU])

Dann ist ja immer wieder interessant festzustellen, daß die SPD bei den Haushaltsberatungen Wasser predigt, aber dann selber Wein trinkt. Das beste Beispiel dafür sind eigentlich die Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit, die 40 Millionen DM pro Jahr für einen Propagandaetat. Das ist schon ein starkes Stück in der heutigen Zeit.

Ein letztes vielleicht noch zu der Stellenbesetzungssperre! Eine Methode, die willkürlich und sachwidrig wirkt, die Beschäftigte im öffentlichen Dienst demotiviert, und das in Bereichen hoher Fluktuation, wobei diese hohe Fluktuation ja häufig eben durch ständige Überforderung und durch unzumutbare Arbeitsbedingungen entsteht. Solche kritischen, sensiblen Bereiche werden durch die Stellenbesetzungssperre über Gebühr geschwächt. Deshalb lehnen wir diese Maßnahme ab. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Schmidt: Schönen Dank, Kollege Dr. Busch. - Für die Landesregierung erteile ich Herrn Finanzminister Schleißer das Wort.

Finanzminister Schleißer: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Busch, ich stimme in einem einzigen Punkt mit Ihnen überein: Auch ich bin gegen die Diskriminierung des

öffentlichen Dienstes. Nur, ich lasse es dann auch und diskriminiere anschließend nicht.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Herr Kollege Bensmann, es ist schon interessant, daß Sie allgemeine Probleme des Haushalts bei diesem Punkt mit aufgreifen. Das gehört ja sicherlich auch zusammen. Nur, wir hatten uns angewöhnt, über Einzelpunkte, die hier konkretisiert werden sollten, ein wenig intensiver reden zu können. Deshalb möchte ich nur darauf eingehen.

Sie haben gesagt: Warum folgt man denn nicht uneingeschränkt der Forderung nach einer Nullrunde? Ich glaube, Kollege Walsken hat doch deutlich gemacht, daß es gar nicht darum geht, ob hier über Nullrunden diskutiert wird, ob hier die Entscheidungsebene ist, Nullrunden festzulegen. Denn wir wissen: Das eine geschieht auf der Ebene der Tarifvertragsparteien; wir wissen auch, wie verheerend Vorprägungen sind. Das andere macht der Bundesgesetzgeber.

Ich habe wiederholt gesagt, wie ich die Positionen sehe, und ich stimme mit Ihnen überein, daß aus finanzpolitischen Gründen ein Abschluß im öffentlichen Dienst um so erträglicher ist, je näher er bei null liegt. Davon habe ich nichts zurückzunehmen. Dafür brauche ich aber keine Fixierungen heute im Vorlauf von Verhandlungen und im Vorlauf dessen, was in anderen Gebieten, im Gesetzgebungsverfahren, noch zu tun ist.

Arbeitszeit verlängern? Warum folgen Sie da nicht dem finanzpolitischen Sachverstand der schleswig-holsteinischen Ministerpräsidentin? Ich schätze Heide Simonis, ich habe über fünf Jahre intensiv mit ihr zusammengearbeitet. Ich finde aber, daß jedes Land seinen eigenen Weg gehen muß. Und wir gehen ja in Nordrhein-Westfalen viele Wege. Wir sind etwas stolz darauf, daß wir die niedrigsten Personalkosten aller Länder haben. Aber das reicht uns noch nicht, wir müssen aus vielen Gründen, die hier genannt worden sind, noch weiter herunter. Aber die Länder müssen sich eigene Wege überlegen. Wer die Verwaltungen durchforstet, wer Verwaltungen - und

(C)

(D)

(A) (Minister Schleußer)

da stimmen wir überein - schlanker machen will, muß wissen, daß dann höhere Belastungen entstehen. Man muß sich überlegen, ob man zwei Gruppen nebeneinander arbeiten lassen will: Beamte mit einer Arbeitszeit von 39,5 Stunden und Angestellte - gegebenenfalls am selben Schreibtisch - mit 38,5 Stunden. Meinen Sie, das würde unbedingt zur Motivation des länger Arbeitenden beitragen? Ich habe da meine Zweifel, so daß das für mich auch eine Wegfrage und keine Zielfrage ist, wie man zu Ergebnissen kommt.

Sie haben einen Erlaß angesprochen und gefragt, inwieweit da das Haushaltsrecht unterlaufen werde. Ich glaube das nicht. Sie wissen, daß wir bestimmte künftig wegfallende Stellen so gesetzt haben, daß sie mit entsprechenden Organisationsveränderungen parallel laufen. Das heißt: Sie müssen auch diese Organisationsveränderungen möglich machen können, und das heißt teilweise auch mit dem Einsatz von anderen Kräften.

Herr Kollege Bensmann, es gibt einen gewichtigen Unterschied zwischen den Einzelplänen 01 und 13 und allen anderen Einzelplänen. Bei diesen beiden Einzelplänen hat das Parlament der Landesregierung und damit dem Finanzminister nur eingeschränkte Kompetenzen gegeben. Diese eingeschränkten Kompetenzen ausgerechnet denen vorzuwerfen, denen sie vorher beschnitten worden sind, halte ich nicht für den ganz richtigen Weg. Aber vielleicht hat man im Ausschuß noch einmal Gelegenheit, darüber weiter zu reden.

(B)

Was das Ministerium für Bundesangelegenheiten in Bonn und diese B 7-Stelle angeht: Ich habe immer zu denen gehört, die geglaubt haben, diese Stelle sei überflüssig.

(Abgeordneter Bensmann [CDU]: Wir auch!)

- Das sage ich doch: Wir stimmen da überein. Das gebe ich als ersten Schritt einmal bekannt. Aber es gibt in Bonn massive Entwicklungen, und ich kann mir keine Zeit vorstellen, in der die Interessenvertretung des Landes in Bonn so wichtig war wie zur Zeit.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Ja, wegen Scharping!)

(C)

- Kollege Schauerte, Sie sind der Entwicklung ein Jahr voraus.

(Beifall bei der SPD)

Im nächsten Jahr können wir dann gegebenenfalls über den Abbau der B 7-Stelle reden. Aber in diesem Jahr ist es noch nicht soweit. Wir brauchen alle Kapazität in Bonn, um die Interessen des Landes zu vertreten. Darum kümmern wir uns, und wir setzen das durch.

(Zurufe der Abgeordneten Schauerte und Bensmann [CDU] - Weitere Zurufe von der CDU)

Wir wollen dann bei den Beratungen des Haushalts 1995 nach der Bundestagswahl darüber reden, welche Interessenvertretung dann noch nötig ist - als Übergang vielleicht auch dann noch.

(Zuruf des Abgeordneten Bensmann [CDU])

Dem Kollegen Walsken will ich nun sagen: Sicherlich haben wir die Untersuchung damit nicht abgeschlossen. Wenn wir einen anderen Weg gehen als andere Länder, müssen wir diesen Weg auch konsequent gehen. Wir werden das tun. Die ersten Aufträge sind heraus, andere sind in der Vorprüfung. Damit, Herr Kollege Wickel, ist deutlich geworden, daß es kein Abschneiden gibt, sondern daß zügig fortgeführt wird. Sie haben ein wenig verkürzt gesagt, daß jetzt 30 000 Stellen mit dem Ergebnis der 7 500 Stellen untersucht sind. Wir haben vorher die fast 150 000 Stellen in den Schulen untersucht: das berühmte - von anderen für berüchtigt gehaltene - Kienbaum-Gutachten. Wir haben noch rund 170 000 Stellen zu untersuchen, und diese Untersuchungen werden zu Ende geführt. Ich weiß nicht, ob sie immer dieses hohe Ergebnis haben werden. Aber ich glaube, daß wir auch dort noch ein großes Reservoir finden und dann präsentieren können.

(D)

Was wir uns dann aber noch überlegen müssen, was Leistungsbereitschaft angeht: Wenn wir heute als Erfolgsergebnis für vernünftige Leitung diesen Pyramiden-Stellenkegel haben, kann es, wenn wir ihn denn zusammenschieben, nicht mehr angehen, daß oben die gleichen Kriterien gelten. Wir haben bisher

(A) (Minister Schleußer)

so darauf reagiert, daß wir eine sogenannte negative Phasenverschiebung eingeleitet haben, wodurch die Auswirkungen dieses Schmalwerdens erst später eintreten. Aber das reicht auf Dauer nicht aus; da müssen Veränderungen in der Struktur erfolgen.

Sie haben ein Beispiel dafür genannt, wie es mit Ressortzuständigkeitsänderungen ist. Dazu habe ich immer eine etwas karikierende Position: Wenn eine neue Aufgabe in ein Haus kommt, Herr Kollege Wickel, habe ich meist den Eindruck, dazu sei eine neue Abteilung notwendig. Wird diese Aufgabe an ein anderes Ressort abgegeben, dann hat sie bisher eine Halbtagskraft erledigt. Aber das muß nicht immer so sein. Darum machen wir ja auch Organisationsuntersuchungen.

Ich bin den Kolleginnen und Kollegen des Haushalts- und Finanzausschusses, die im Unterausschuß Personal arbeiten, ausdrücklich dankbar. Sie helfen dem Finanzminister ohne Zweifel. Das gilt für alle Parteien, Herr Kollege Bensmann, und wir sollten auf diesem Wege gemeinsam weitergehen, auch wenn wir über den Weg nicht immer einig sind. Dann bleibt es eben bei dem gemeinsamen Ziel.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Bensmann [CDU])

(B)

Vizepräsident Schmidt: Schönen Dank, Herr Finanzminister Schleußer.

Weitere Wortmeldungen zu den Stellenplänen liegen mir nicht vor. Die Abstimmung über die Stellenpläne ist in die Abstimmung über die Einzelpläne und über das Haushaltsgesetz eingebunden. Die Änderungsanträge Drucksachen 11/6458 und 11/6459 werden also erst beim Haushaltsgesetz abgestimmt. - Damit ist die Nr. 4 für heute erledigt.

Ich rufe auf Nummer 5:

Einzelplan 01: Landtag

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 11/6401 und auf den Änderungsantrag. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU - das ist die

(C)

Drucksache 11/6445 - angeschlossen und ihren Änderungsantrag zum gleichen Thema, den wir mit Drucksache 11/6446 vorliegen haben, zurückgezogen.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion dem Abgeordneten Hardt das Wort. Bitte schön.

Abgeordneter Hardt (CDU): Herr Präsident! Es ist ungewöhnlich, meine Damen und Herren, daß wir zum Einzelplan 01 reden, aber ein ungewöhnlicher Vorgang in Kapitel 01 010 muß hier angesprochen werden, denn es handelt sich um die Entschädigung und Übergangsgelder nach den §§ 5 und 11 des Abgeordnetengesetzes sowie um die Aufwandsentschädigung, die wir bekommen. Also, meine Damen und Herren, wir reden in eigener Sache.

So, wie die SPD und F.D.P. das Thema Diätenerhöhung bis zur zweiten Lesung behandelt haben, kommt beim Bürger nach meiner Auffassung Verdrossenheit auf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Öffentlichkeit sagt vor allem die SPD-Fraktion: Keine Erhöhung der Diäten für 1994 vornehmen - so die Pressemeldung vom 26.10.1993. Und im Haushalt 1994 wird der erhöhte Ansatz von 891 000 DM bei den Diäten in Titel 411 10 und 11 nicht gekürzt, meine Damen und Herren.

(D)

Bei mir entstehen Zweifel über die wahren Absichten von SPD und F.D.P. bei der Diätenfrage für das Jahr 1994.

(Beifall der Abgeordneten Hieronymi [CDU])

Im Haupt- und im Haushaltsausschuß haben wir jeweils eine Kürzung auf den Betrag wie für das Jahr 1993 beantragt, also keine Diätenerhöhung in 1994.

(Beifall bei der CDU)

Zweimal hat die SPD, die in der Öffentlichkeit von Diätenverzicht redet, diese Kürzungen abgelehnt.